## Kassel documenta Stadt

## Stadtverordnetenversammlung Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen

13. Januar 2023 Niederschrift 1 von 15

über die 25. öffentliche Sitzung

des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen am Mittwoch, 11. Januar 2023, 17:00 Uhr

im Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel

#### Anwesende:

## Mitglieder

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann, Vorsitzende, B90/Grüne

Wolfgang Decker, 1. stellvertretender Vorsitzender, SPD (bis 18:55 Uhr)

Christine Hesse, Mitglied, B90/Grüne

Steffen Müller, Mitglied, B90/Grüne (bis 18:30 Uhr)

Gernot Rönz, Mitglied, B90/Grüne

Anke Bergmann, Mitglied, SPD (Vertretung für Frau Ramona Kopec) Sascha Gröling, Mitglied, SPD (Vertretung für Herr Patrick Hartmann) Dr. Ron-Hendrik Hechelmann, Mitglied, SPD (bis 18:50 Uhr)

Maximilian Bathon, Mitglied, CDU Dominique Kalb, Mitglied, CDU

Holger Römer, Mitglied, CDU (Vertretung für Herr Dr. phil. Michael von Rüden)

Dr.-Ing. Norbert Wett, Mitglied, CDU Miriam Hagelstein, Mitglied, DIE LINKE Sabine Leidig, Mitglied, DIE LINKE Sven René Dreyer, Mitglied, AfD Sascha Bickel, Mitglied, FDP

#### Teilnehmer mit beratender Stimme

Chuks-Lewis Samuel-Ehiwario, Vertreter des Ausländerbeirates Klaus Hansmann, Vertreter des Behindertenbeirates

#### Magistrat

Christian Geselle, Oberbürgermeister, SPD Ilona Friedrich, Bürgermeisterin, SPD Dirk Stochla, Stadtrat, SPD Dr. Susanne Völker, Stadträtin, parteilos Nicole Maisch, Stadträtin, B90/Grüne Christof Nolda, Stadtbaurat, B90/Grüne

## Schriftführung

Annika Kuhlmann, Büro der Stadtverordnetenversammlung Thorsten Bork, Büro der Stadtverordnetenversammlung

### **Entschuldigt:**

Jennifer Rieger, Stadtverordnete, Die PARTEI

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Dr. Anja Starick, Umwelt- und Gartenamt Jan Benedix, Personalrat Michael Kunkel, KASSELWASSER Eva Emde, KASSELWASSER Stefan Rios, Amt für Kämmerei und Steuern Timo Vogt, Amt für Kämmerei und Steuern Andreas Peters, Revisionsamt 2 von 15

## Tagesordnung:

1.	Interkommunale Zusammenarbeit beim SchülerBAföG mit	101.19.636
	dem Landkreis Waldeck-Frankenberg	
2.	Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und	101.19.678
	Auszahlungen gemäß § 100 Abs. 1 HGO für das Jahr 2022; -	
	Liste S5 / 2022 -	
3.	Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und	101.19.682
	Auszahlungen gemäß § 100 Abs. 1 HGO für das Jahr 2022; -	
	Liste S6 / 2022 -	
4.	Verleihung des Deutschen Sprachpreises	101.19.685
5.	Förderprogramm Fernwärme	101.19.588
6.	Anstalt öffentlichen Rechts	101.19.605
7.	Bericht zum Stand der Bewerbung als Fairtrade-Town	101.19.648
8.	Wassernotversorgung und Katastrophenschutz	101.19.654
9.	Aufnahme der Paul-Julius-von-Reuter-Schule in das	101.19.664
	Finanzierungsprogramm der GWGpro	
10.	Insolvenzquote im Stadtgebiet	101.19.676
11.	Aussetzen der Hundesteuer	101.19.679
12.	Kassel verurteilt den Angriffskrieg der Türkei gegen Rojava	101.19.681
	und unterstützt die demokratische Selbstverwaltung	
13.	Finanzielle Mehrbelastungen des LWV wegen	101.19.687
	systemwidriger Leistungen	

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann eröffnet die mit der Einladung vom 4. Januar 2023 ordnungsgemäß einberufene 25. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung 3 von 15

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann teilt mit, dass die Anfrage unter Tagesordnungspunkt

## 10. Insolvenzquote im Stadtgebiet

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.19.676 -

von der Antrag stellenden Fraktion zurückgezogen wurde.

Stadtverordnete Hesse, Fraktion B90/Grüne, beantragt den Tagesordnungspunkt

#### 11. Aussetzen der Hundesteuer

Antrag der Fraktion DIE LINKE

- 101.19.679 -

wegen Beratungsbedarfs auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu schieben. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Hansmann, Vertreter des Behindertenbeirates, beantragt den Tagesordnungspunkt

**13. Finanzielle Mehrbelastungen des LWV wegen systemwidriger Leistungen** Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der B90/Grüne, CDU und FDP – 101.19.687 –

in der heutigen Sitzung auf jeden Fall zu behandeln. Auch dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

# 1. Interkommunale Zusammenarbeit beim SchülerBAföG mit dem Landkreis Waldeck-Frankenberg

Vorlage des Magistrats

- 101.19.636 -

#### **Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Interkommunalen Zusammenarbeit der Stadt Kassel mit dem Landkreis Waldeck-Frankenberg für den Aufgabenbereich Ausbildungsförderung (SchülerBAföG) wird zugestimmt."

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

4 von 15

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --Enthaltung: --

den

#### **Beschluss**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Interkommunale Zusammenarbeit beim SchülerBAföG mit dem Landkreis Waldeck-Frankenberg, 101.19.636, wird zugestimmt.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Hesse

2. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 100 Abs. 1 HGO für das Jahr 2022; - Liste S5 / 2022 -

Vorlage des Magistrats

- 101.19.678 -

## **Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

"Die Stadtverordnetenversammlung bewilligt die in der nachfolgenden Liste S5/2022 enthaltenen überplanmäßigen Aufwendung gemäß § 100 Abs. 1 HGO

im Ergebnishaushalt in Höhe von 861.000,00 €."

Oberbürgermeister Geselle, Stadtrat Stochla und Stadträtin Maisch beantworten die Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --Enthaltung: --

den

## Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

5 von 15

Dem Antrag des Magistrats betr. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 100 Abs. 1 HGO für das Jahr 2022; - Liste S5 / 2022 -, 101.19.678, wird **zugestimmt.** 

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Bergmann

 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 100 Abs. 1 HGO für das Jahr 2022; - Liste S6 / 2022 -

Vorlage des Magistrats

- 101.19.682 -

#### **Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

"Die Stadtverordnetenversammlung bewilligt die in der nachfolgenden Liste S6/2022 enthaltenen überplanmäßigen Aufwendungen gemäß § 100 Abs. 1 HGO

im Ergebnishaushalt in Höhe von 930.000,00 €."

Oberbürgermeister Geselle und Stadtbaurat Nolda beantworten die Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --Enthaltung: --

den

## **Beschluss**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 100 Abs. 1 HGO für das Jahr 2022; - Liste S6 / 2022 -, 101.19.682, wird **zugestimmt.** 

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Kalb

6 von 15

## 4. Verleihung des Deutschen Sprachpreises

Vorlage des Magistrats - 101.19.685 -

#### **Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

"Die Stadtverordnetenversammlung befürwortet, dass der von der Henning-Kaufmann-Stiftung vergebene Deutsche Sprachpreis künftig jährlich in Kassel verliehen wird. Die Stadt Kassel unterstützt die Henning Kaufmann Stiftung durch einen jährlichen Zuschuss in Höhe von € 10.000. Darüber hinaus stellt die Stadt der Stiftung für die Preisverleihung den Stadtverordnetensitzungssaal des Rathauses oder einen anderen geeigneten Raum zur Verfügung. Im Anschluss an die Preisverleihung lädt die Stadt Kassel zu einem Stehempfang ein."

Oberbürgermeister Geselle beantwortet die Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung:

Enthaltung: DIE LINKE

den

#### **Beschluss**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Verleihung des Deutschen Sprachpreises, 101.19.685, wird zugestimmt.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Leidig

#### 5. Förderprogramm Fernwärme

Antrag der CDU-Fraktion - 101.19.588 -

#### Geänderter Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, ein Programm zur Förderung von Fernwärme Hausanschlüsse aufzulegen und so die Bereitschaft der Bürger, Betriebe und Unternehmen zum Anschluss an das Kasseler Fernwärmenetz zu erleichtern. Die Förderung kann auch als Contracting-Angebot für den Baukostenzuschuss ausgestaltet werden. Dabei ist die Verwendung zinsgünstiger Finanzierungen zu prüfen.

7 von 15

Stadtverordneter Dr. Wett, CDU-Fraktion, begründet den geänderten Antrag seiner Fraktion. Der mit der Einladung versandte Änderungsantrag der SPD-Fraktion wurde von der Antrag stellenden Fraktion zurückgezogen.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung:

Enthaltung:

SPD, DIE LINKE, AfD

den

#### Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem geänderten Antrag der CDU-Fraktion betr. Förderprogramm Fernwärme, 101.19.588, wird zugestimmt.

Stadtverordnete Leidig, Fraktion DIE LINKE, bringt folgenden Änderungsantrag ein.

## Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, ein Programm zur Förderung von Fernwärme Hausanschlüsse aufzulegen und so die Bereitschaft der Bürger, Betriebe und Unternehmen zum Anschluss an das Kasseler Fernwärmenetz zu erleichtern. Die Förderung kann auch soll als Contracting-Angebot für den Baukostenzuschuss ausgestaltet werden. Dabei ist die Verwendung zinsgünstiger Finanzierungen zu prüfen.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: SPD, DIE LINKE

Ablehnung: B90/Grüne, CDU, FDP, AfD

Enthaltung:

den

Beschluss 8 von 15

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zum geänderten Antrag der CDU-Fraktion betr. Förderprogramm Fernwärme, 101.19.588, wird **abgelehnt.** 

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Bickel

#### 6. Anstalt öffentlichen Rechts

Anfrage der Fraktion B90/Grüne - 101.19.605 -

## **Anfrage**

Dem Vernehmen nach ist bekannt, dass an einem Konzept gearbeitet wird, die beiden Eigenbetriebe der Stadt Kassel in eine gemeinsame Anstalt öffentlichen Rechts umzuwandeln.

Wir fragen den Magistrat:

- 1. Worauf gründet sich diese Vorbereitung?
- 2. Inwiefern wurden die Betriebskommissionen in das Vorgehen bis zum Zeitpunkt dieser Anfrage eingebunden?
- 3. Welche Zielsetzungen werden damit verbunden? Welche Grundüberlegungen bzw. Gesamtzielsetzungen sind damit verbunden?
- 4. Inwieweit sind externe Dienstleister\*innen mit der Konzeptentwicklung betraut?
- 5. Wie hoch sind die derzeitig veranschlagten Kosten für diesen Prozess? Sind bereits Kosten entstanden oder Zahlungsverpflichtungen eingegangen worden? Wenn ja, in welcher Höhe? Aus welchem Haushaltstitel wurden bzw. werden entsprechende Finanzierungsmittel entnommen?
- 6. Wie ist der politische Entscheidungsweg vorgesehen?
- 7. Wie soll die politische Anbindung einer Anstalt öffentlichen Rechts an die Stadtverordnetenversammlung erfolgen?
- 8. Welche Auswirkungen hat das Vorhaben auf die Personalstruktur?

Oberbürgermeister Geselle erklärt, dass die Fragen in einer interfraktionellen Gesprächsrunde beantwortet werden. Zu gegebener Zeit werden die städtischen Gremien über die Angelegenheit beteiligt. Stadtverordneter Müller, Fraktion B90/Grüne, beantragt die Klärung dieses Verfahrens im Ältestenrat.

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann erklärt somit die Anfrage für erledigt.

9 von 15

## 7. Bericht zum Stand der Bewerbung als Fairtrade-Town

Antrag der Fraktion B90/Grüne - 101.19.648 -

## **Antrag**

Der Magistrat wird gebeten über den Stand der Bewerbung Kassels als Fairtrade-Town (Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 8.11.2021, Teilnahme an "Fairtrade Towns-Kampagne" – 101.19.232 –) zu berichten.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: -Enthaltung: --

den

#### **Beschluss**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der Fraktion B90/Grüne betr. Bericht zum Stand der Bewerbung als Fairtrade-Town, 101.19.648, wird **zugestimmt.** 

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dreyer

## 8. Wassernotversorgung und Katastrophenschutz

Anfrage der AfD-Fraktion - 101.19.654 -

## **Anfrage**

Wir fragen den Magistrat:

- 1. Wie viele Stunden kann die bestehende Trinkwasserversorgung im Falle eines lang andauernden Stromausfalls in Kassel gewährleistet werden?
- 2. Wie wird sichergestellt, dass in einem Katastrophenfall die Versorgung der Kasseler Bürgerinnen und Bürger mit Trinkwasser gewährleistet ist?

3. Wird dabei auf Trinkwassernotbrunnen zurückgegriffen und wenn ja, auf wie viele hat man Zugriff?

10 von 15

- 4. Wie viele Personen können mittels dieser Trinkwassernotbrunnen mit 15 Liter Wasser pro Tag versorgt werden?
- 5. Durch welche Maßnahmen sind die Trinkwassernotbrunnen auch stromunabhängig zu betreiben?
- 6. Wie werden überlebenswichtige Betriebe und Einrichtungen ausreichend mit Trinkwasser versorgt?
- 7. In welchem Intervall finden regelmäßige Überprüfungen der Anlagen sowie Übungen in Zusammenarbeit mit dem Katastrophenschutz statt?
- 8. Welche konkreten Maßnahmen gibt es um die Versorgung der Kasseler Bevölkerung mit ausreichend Betriebswasser sicher zu stellen?
- 9. Wie wird die Versorgung für Personen sichergestellt, die aufgrund ihrer körperlichen Verfassung nicht in der Lage sind, selbst die Versorgung mit Trink- und Betriebswasser zu bewältigen?
- 10. Wie wird die ansässige Bevölkerung über diese Thematik (bspw. in Form einer aktualisierten Broschüre) über die Selbstvorsorge und die Versorgungsstellen informiert?

Stadtverordneter Dreyer, AfD-Fraktion, begründet die Anfrage seiner Fraktion. Oberbürgermeister Geselle beantwortet die Anfrage. Die schriftliche Beantwortung der Anfrage wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Nach Beantwortung durch Oberbürgermeister Geselle erklärt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Anfrage für erledigt.

9. Aufnahme der Paul-Julius-von-Reuter-Schule in das Finanzierungsprogramm der GWGpro

Antrag der SPD-Fraktion

- 101.19.664 -

#### **Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die Paul-Julius-von-Reuter-Schule in Zusammenhang mit der Martin-Luther-King Schule in das Finanzierungsprogramm der GWGpro aufzunehmen. Dazu soll die Kooperation zwischen der Stadt Kassel und der Stadt Kassel Immobilien GmbH & Co. KG sowie der GWG Projektentwicklung GmbH zur Planung und Realisierung der Sanierung der Paul-Julius-von-Reuter-Schule, durchgeführt werden.

11 von 15

Stadtverordnete Bergmann, SPD-Fraktion, begründet den Antrag ihrer Fraktion.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: SPD

Ablehnung: B90/Grüne, CDU, DIE LINKE, FDP

Enthaltung: AfD

den

#### **Beschluss**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der SPD-Fraktion betr. Aufnahme der Paul-Julius-von-Reuter-Schule in das Finanzierungsprogramm der GWGpro, 101.19.664, wird **abgelehnt.** 

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Rönz

## 10. Insolvenzquote im Stadtgebiet

Anfrage der CDU-Fraktion - 101.19.676 -

Die Anfrage wurde von der Anfrage stellenden Fraktion zurückgezogen.

#### 11. Aussetzen der Hundesteuer

Antrag der Fraktion DIE LINKE - 101.19.679 -

Auf Antrag der Fraktion B90/Grüne, wird die Behandlung des Antrags wegen Beratungsbedarfs auf die nächste Sitzung verschoben.

Tagesordnungspunkt 13 wird vorgezogen.

12 von 15

13. Finanzielle Mehrbelastungen des LWV wegen systemwidriger Leistungen Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der B90/Grüne, CDU und FDP - 101.19.687 -

## **Gemeinsamer Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, bei der Bundesregierung und der Hessischen Landesregierung hinsichtlich der sogenannten "systemwidrigen" Leistungen (§43a SGB XI) auf eine Neuregelung hinzuwirken, welche zum Ziel hat, die bisherige Ungleichbehandlung bei den Pflegeleistungen zwischen Menschen, die zum einen in Einrichtungen der Eingliederungshilfe und zum anderen in anderen Wohnformen wohnen, zu beseitigen.

Stadtverordneter Kalb, CDU-Fraktion, begründet den gemeinsamen Antrag.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --Enthaltung: --

den

#### **Beschluss**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen B90/Grüne, CDU und FDP betr. Finanzielle Mehrbelastungen des LWV wegen systemwidriger Leistungen, 101.19.687, wird **zugestimmt.** 

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Hechelmann

# 12. Kassel verurteilt den Angriffskrieg der Türkei gegen Rojava und unterstützt die demokratische Selbstverwaltung

13 von 15

Gemeinsamer Antrag der Fraktion DIE LINKE und der Stadtverordneten Rieger

- 101.19.681 -

## **Gemeinsamer Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1. Die Stadtverordnetenversammlung verurteilt jegliche völkerrechtswidrige Kriegshandlung. Deshalb protestiert sie gegen den Einsatz von Bomben und bewaffneter Drohnen, auf von Kurd\*innen bewohnte Gebiete (Rojava) und fordert die türkische Regierung dazu auf, die Angriffe auf den Nordirak und Nordsyrien einzustellen.
- Die Stadtverordnetenversammlung erklärt den in Kassel lebenden kurdischen, aber auch regierungskritischen türkischen Mitbürger\*innen ihre Solidarität im Widerstand gegen antidemokratische Unterdrückung und Gewalt seitens des türkischen Regimes.
- 3. Die Stadtverordnetenversammlung wendet sich gegen die Kriminalisierung der kurdischen Freiheitsbewegung und appelliert an die Bundesregierung, das Verbot ihrer Organisationen und Symbole in Deutschland aufzuheben.
- 4. Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Bundesregierung auf, den Verkauf von Rüstungsgütern an die Türkei zu stoppen und auf ein Waffenembargo seitens der NATO hinzuwirken.
- 5. Die Stadtverordnetenversammlung spricht eine Einladung an die Vorsitzende des Exekutivorgans der Selbstverwaltung von Rojava, Frau Îlham Ehmed aus, um über möglich Partnerschaftsprojekte zu beraten.

Stadtverordnete Leidig, Fraktion DIE LINKE, begründet den gemeinsamen Antrag.

Stadtverordneter Dreyer, AfD-Fraktion, beantragt die absatzweise Abstimmung der Punkte 1+2, 3, 4 und 5.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: DIE LINKE, AfD

Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, FDP

Enthaltung: --

den

#### **Beschluss**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die **Absätze 1+2** des gemeinsamen Antrags der Fraktion DIE LINKE und der Stadtverordneten Rieger betr. Kassel verurteilt den Angriffskrieg der Türkei gegen Rojava und unterstützt die demokratische Selbstverwaltung, 101.19.681, werden **abgelehnt.** 

14 von 15

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: DIE LINKE

Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, FDP

Enthaltung: AfD

den

#### **Beschluss**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

**Absatz 3** des gemeinsamen Antrags der Fraktion DIE LINKE und der Stadtverordneten Rieger betr. Kassel verurteilt den Angriffskrieg der Türkei gegen Rojava und unterstützt die demokratische Selbstverwaltung, 101.19.681, wird **abgelehnt.** 

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: DIE LINKE

Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, FDP

Enthaltung: AfD

den

#### Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

**Absatz 4** des gemeinsamen Antrags der Fraktion DIE LINKE und der Stadtverordneten Rieger betr. Kassel verurteilt den Angriffskrieg der Türkei gegen Rojava und unterstützt die demokratische Selbstverwaltung, 101.19.681, wird **abgelehnt.** 

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: DIE LINKE

Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, FDP

Enthaltung: AfD

den

Beschluss 15 von 15

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

**Absatz 5** des gemeinsamen Antrags der Fraktion DIE LINKE und der Stadtverordneten Rieger betr. Kassel verurteilt den Angriffskrieg der Türkei gegen Rojava und unterstützt die demokratische Selbstverwaltung, 101.19.681, wird **abgelehnt.** 

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Bathon

Ende der Sitzung: 19:02 Uhr

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann Vorsitzende Annika Kuhlmann Schriftführerin

# Inhalte aus der Tonbandaufzeichnung der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen am 11. Januar 2023

## Tagesordnungspunkt

8. Wassernotversorgung und Katastrophenschutz

Anfrage der AfD-Fraktion - 101.19.654 -

## Oberbürgermeister Geselle

- Frage 1: Für die öffentliche Trinkwasserversorgung stehen notstromabgesichert
  Netzersatzanlagen zur Verfügung. Ausreichende Treibstoffmengen, mit denen diese
  Anlagen über längeren Zeitraum betrieben werden können, sind verfügbar.
- Frage 2: Betreuungsstellen werden eingerichtet, welche über das Stadtgebiet Kassel verteilt sind, die können auch als Ausgabestellen für Trinkwasser genutzt werden.
- Frage 3: In der Stadt Kassel gibt es 15 Trinkwassernotbrunnen des Bundes.
- Frage 4: Die Anzahl der in der Stadt Kassel vorgehaltenen Trinkwassernotbrunnen ist für die Versorgung der Bürger ausreichend.
- Frage 5: Die Trinkwassernotbrunnen können über mobile Notstromaggregate betrieben werden.
- Frage 6: Neben den Notfallmaßnahmen des Wasserversorgers können die Trinkwassernotbrunnen genutzt werden.
- Frage 7: Die Trinkwassernotbrunnen sollen durch den Wasserversorger überprüft werden, Übungen mit dem Katastrophenschutz sind in diesem Zusammenhang nicht regelmäßig erforderlich.
- Frage 8: Siehe Ziffer 6.
- Frage 9: Ein maßgeblicher Punkt für die Versorgung sind Vorbereitungen durch die Personen selbst, hierauf wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit und Risikokommunikation hingewiesen. In einer Katastrophenlage sollen die pflegenden Angehörigen bzw. Pflegedienste in die Versorgung mit Trink- und Brauchwasser eingebunden werden.
- Frage 10: Im Rahmen der Risikokommunikation kann die Bevölkerung ziel- und sachgerichtet und kurzfristig über alle erforderlichen Maßnahmen und wo man entsprechende Einrichtungen findet auf allen möglichen Kanälen informiert werden.